

KRISTIAN NIEMIETZ

SOZIALISMUS



DIE GESCHEITERTE IDEE,
DIE NIEMALS STIRBT

FBV

EDITION
PROMETHEUS

© des Titels »Sozialismus« von Kristian Niemietz (ISBN 978-3-95972-440-1)
2021 by FinanzBuch Verlag, Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.finanzbuchverlag.de>

VORWORT

VON RAINER ZITELMANN

Im Mai 2018 jährte sich der 200. Geburtstag von Karl Marx. In allen Medien fand ein großer Trubel um diesen Tag statt. Die *FAZ* brachte im Feuilleton unter der großlettrigen Überschrift »Der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt« über zwei ganze Seiten Marx-Zitate, die belegen sollten, wie inspirierend und aktuell er als Denker sei. Wichtig sei es, so hieß es in dem Artikel, dass man »Marx mit dem Kopf von heute liest und in seinem Werk weniger Begründung für ein System sucht und mehr für die Anregung für neue Gedanken«. Neue Gedanken? Ja, es ist natürlich schöner und aufbauender, sich mit über 170 Jahre alten Marx-Zitaten zu beschäftigen und sich »neue Gedanken« auszudenken als damit, was seitdem im Namen der marxistischen Ideologie angerichtet wurde, der mehr als 100 Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Warum entfalten sozialistische Ideen wieder eine so große Attraktivität, obwohl alle sozialistischen Experimente in den vergangenen 100 Jahren gescheitert sind? Dieses Buch gibt überzeugende Antworten. Kristian Niemietz nennt über zwei Dutzend sozialistische Experimente, die alle ausnahmslos zum Fehlschlag gerieten. Man könnte sogar noch mehr aufzählen, denn auch die Experimente des sogenannten »demokratischen Sozialismus« – etwa in Schweden und Großbritannien in den 1970er-Jahren – sind gescheitert.

Doch wenn man Sozialisten mit Beispielen aus der Geschichte konfrontiert, entgegen sie stets: Diese Beispiele bewiesen gar nichts, da es sich in Wahrheit nicht um sozialistische Modelle gehandelt habe. Intellektuelle sahen jedoch genau dies in der »Blütezeit«, die die meisten sozialistischen Experimente erlebten, ganz anders, wie Niemietz an vielen Beispielen belegt. Der jüngste Fall ist Venezuela. 1970 war es noch das reichste Land Lateinamerikas und eines der 20 reichsten Länder der

Welt. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf war sogar höher als das von Spanien, Griechenland oder Israel und nur 13 Prozent niedriger als das von Großbritannien. Der Abschwung des südamerikanischen Landes begann in jener Dekade. Einer der Gründe für die Probleme war die starke Abhängigkeit vom Erdöl. Es kamen weitere Ursachen hinzu, insbesondere ein außergewöhnlich überregulierter Arbeitsmarkt, der seit 1974 durch immer neue Vorschriften weiter eingeschränkt wurde. In kaum einem anderen Land Lateinamerikas (und weltweit) wurde der Arbeitsmarkt mit einem so engmaschigen Netz von Regulierungen überzogen.

Viele Menschen in Venezuela hofften, der 1999 an die Regierung gelangte charismatische Sozialist Hugo Chávez würde die Probleme des Landes – Korruption, Armut, wirtschaftlicher Niedergang – lösen. Chávez war indes nicht nur Hoffnungsträger für viele arme Menschen in Venezuela, sondern er entfesselte die Utopie-Sehnsüchte der Linken in Europa und Nordamerika mit der Parole vom »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«.

Nachdem Ende der 1980er-Jahre der Sozialismus in der Sowjetunion und den Ostblockstaaten zusammengebrochen war und sich die Chinesen auf den Weg vom Sozialismus zum Kapitalismus begeben hatten, fehlte der Linken das Utopia, von dem sie träumen konnte. Nordkorea und Kuba als einzig verbliebene kommunistische Staaten eigneten sich dafür nicht so recht. Hugo Chávez füllte die Lücke. Der europapolitische Sprecher der Linkspartei im Deutschen Bundestag schwärmte: »Was Chávez macht, ist auch der Weg, in Deutschland die ökonomischen Probleme zu lösen«, und Sahra Wagenknecht pries ihn als »großen Präsidenten«, der mit seinem ganzen Leben für den »Kampf um Gerechtigkeit und Würde« stand. Chávez habe bewiesen, dass »ein anderes Wirtschaftsmodell möglich sei«. Heute, wo die Menschen in Venezuela hungern und die Inflation so hoch ist wie in keinem anderen Land, erklären uns die Sozialisten, Venezuela sei ja niemals ein sozialistisches Land gewesen.

Niemietz zeigt, dass sogar Massenmörder wie Josef Stalin in gleicher Weise von führenden Intellektuellen ihrer Zeit begeistert gefeiert wurden. Es handelte sich nicht um Außenseiter, sondern um renommierte Schriftsteller und Wissenschaftler. Selbst die Konzentrationslager in der

Sowjetunion, die Gulags, wurden verharmlost und manchmal sogar bewundert. Ja, es gab auch kritische Stimmen unter sozialistischen Intellektuellen zur Sowjetunion. Aber bei vielen von ihnen war der Grund für ihre Distanz, dass sie als Maßstab der Beurteilung weltfremde Utopien anlegten, vor denen kein System auf der Welt Bestand gehabt hätte.

Viele westliche Intellektuelle begeisterten sich in den 1970er-Jahren für Mao Zedong und die von ihm initiierte Kulturrevolution, obwohl allein während des größten sozialistischen Experimentes – dem »Großen Sprung nach vorn« Ende der 1950er-Jahre – 45 Millionen Menschen starben. Ich war damals Teenager und teilte die Begeisterung.

Nach Maos Tod, als infolge der Reformpolitik von Deng Xiaoping Hunderte Millionen Chinesen aus bitterer Armut befreit wurden, begeisterten sich diese Intellektuellen nicht mehr für China, wie sie das zu Maos Zeiten getan hatten. Dabei zeigt gerade das Beispiel des »Reichs der Mitte«, wie segensreich der Kapitalismus ist. 1980 lebten 88 Prozent der Chinesen in extremer Armut, heute ist ihr Anteil auf unter 1 Prozent gesunken.

Im Westen herrscht ein großes Missverständnis über die Ursachen von Chinas ökonomischem Erfolg. Viele Menschen glauben, das Land habe wirtschaftlich einen genialen »Dritten Weg« zwischen Sozialismus und Kapitalismus entdeckt, und der große Einfluss des Staates sei der Grund für den Erfolg. Ich traf 2018 den renommierten chinesischen Ökonomen Zhang Weiyang in Peking, der maßgeblich an den Wirtschaftsreformen beteiligt war. Er widersprach dieser Interpretation: Die Tatsache, dass der Staat heute noch eine wichtige Rolle in China spiele, komme einfach daher, weil man ursprünglich von einem Zustand einer fast 100-prozentigen Staatswirtschaft komme. Der Erfolg Chinas basiere darauf, dass die Rolle des Staates sukzessive zurückgedrängt worden sei, das Privateigentum eingeführt und dem Markt mehr Raum gegeben wurde. »Chinas wirtschaftlicher Aufstieg erfolgte nicht wegen des Staates, sondern trotz des Staates«, betonte Zhang Weiyang in dem Gespräch immer wieder. Heute ist die Privatwirtschaft Hauptmotor des chinesischen Wirtschaftswachstums. Sie trägt 60 Prozent zum chinesischen BIP bei, ist für 70 Prozent der Innovation, 80 Prozent der städtischen Beschäftigung und 90 Prozent der neuen Arbeitsplätze verantwortlich. Darüber hinaus ist

der private Sektor für 70 Prozent der Investitionen und 90 Prozent der Exporte verantwortlich.

Das Beispiel Chinas belegt einmal mehr, dass Marktwirtschaft und Privateigentum der sozialistischen Wirtschaftsweise überlegen sind. In seiner historischen Analyse zeigt Niemietz, dass bislang jedes sozialistische Experiment drei Phasen durchlief: In einer ersten Phase sind Intellektuelle weltweit begeistert und preisen das System in den höchsten Tönen. Auf die Phase des Enthusiasmus folgt stets eine zweite Phase der Ernüchterung: Das System und seine »Errungenschaften« werden zwar noch verteidigt, aber nicht mehr unkritisch unterstützt. Mängel werden zugegeben, aber gerne als Wirken von kapitalistischen Saboteuren, ausländischen Kräften oder als Ergebnis des Boykotts durch den US-Imperialismus dargestellt. Schließlich folgt die dritte Phase, in der bestritten wird, dass es sich überhaupt um eine Form des Sozialismus gehandelt habe. Nun heißt es, das betreffende Land – beispielsweise die Sowjetunion, China oder Venezuela – sei in Wahrheit niemals sozialistisch gewesen. Diese Argumentation, so Niemietz, wird jedoch selten in der ersten Phase nach Beginn eines neuen sozialistischen Experimentes vorgetragen, sondern wird zur herrschenden Sicht erst nach dem Scheitern des sozialistischen Experimentes.

Dem real existierenden Kapitalismus wird heute von Sozialisten in westlichen Ländern kein irgendwann in der Geschichte real existierender Sozialismus entgegengesetzt, sondern eine vage Utopie einer »gerechten« Gesellschaft.

Die Sozialisten, die sich heute kritisch zum »Stalinismus« und zu anderen Formen des historisch real existierenden Sozialismus äußern, versäumen es jedoch stets, die ökonomischen Gründe für das Scheitern dieser Systeme zu analysieren. In ihren Analysen werden fehlende demokratische Rechte und fehlende Freiheiten in diesen Systemen kritisiert, aber die Alternative, die dazu formuliert wird, ist eine vage Vision von allumfassender »Demokratisierung der Wirtschaft« oder »Arbeiterkontrolle«. Doch dies sind genau jene Postulate, unter denen auch die später gescheiterten sozialistischen Systeme in der Sowjetunion und anderen Ländern ursprünglich einmal angetreten sind.

Dieses Buch sollte eigentlich Pflichtlektüre an Schulen und Universitäten sein, wo heute oft das Lied der Kapitalismuskritik angestimmt

wird. Hegel meinte in seinen Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte: »Was die Erfahrung aber und die Geschichte lehren, ist dies, dass Völker und Regierungen niemals etwas aus der Geschichte gelernt und nach Lehren, die aus derselben zu ziehen gewesen wären, gehandelt haben.«

Vielleicht ist dieses Urteil zu streng. Aber in der Tat sind die meisten Menschen nicht in der Lage, bestimmte historische Erfahrungen zu verallgemeinern. Aus den mannigfachen Beispielen, wo mehr Kapitalismus zu mehr Wohlstand führte, wollen viele Menschen nicht die naheliegenden Lehren ziehen, ebenso wenig wie aus dem Scheitern aller jemals auf der Welt probierten Varianten des Sozialismus.

Sozialisten können kein einziges Beispiel eines real existierenden, funktionierenden Sozialismus nennen. Im Kopf kann man sich alles ausdenken. Und wenn man Konstrukte einer »perfekten« und »idealen« Gesellschaft mit der Realität vergleicht, muss die Realität immer schlecht abschneiden. Das ist genauso fair, wie wenn jemand Ihre Ehe mit der Schilderung der perfekten Liebesromanze in einem kitschigen Groschenroman vergleichen würde.

Als der Kapitalismus vor etwa 200 Jahren entstand, lebten mehr als 90 Prozent der Menschen auf der Welt in extremer Armut. Das Durchschnittseinkommen entsprach dem in den ärmsten afrikanischen Staaten von heute. Durch die Entwicklung des Kapitalismus wurde der Anteil der extrem armen Menschen auf der Welt auf unter 10 Prozent reduziert – und dies trotz der Versiebenfachung der Weltbevölkerung in dieser Zeit. Die Hälfte dieser Reduktion vollzog sich in den vergangenen drei bis vier Jahrzehnten, die aus Sicht von Kapitalismuskritikern wie dem französischen Ökonomen Thomas Piketty gerade besonders schlimme Jahre waren, weil die »Schere zwischen Arm und Reich« in einigen entwickelten Ländern immer weiter auseinandergegangen sei.

Es ist eine erstaunliche PR-Leistung der Sozialisten, dass sie das System, das so erfolgreich bei der Bekämpfung von Hunger und Armut war wie kein anderes Wirtschaftssystem in der Geschichte, als »mensenverachtenden Raubtierkapitalismus« denunziert haben, während der Begriff »Sozialismus« heute wieder einen schönen Klang für viele Menschen hat. Wie den Sozialisten diese Meisterleistung gelungen ist,

erfahren Sie in diesem Buch. Meine Bitte: Wenn Sie es gelesen haben, kaufen Sie noch mehr Exemplare und verschenken sie. Dies ist eines der wichtigsten Bücher, die in den letzten zehn Jahren erschienen sind – helfen Sie mit, es zu verbreiten!

Dr. Dr. Rainer Zitelmann, Verfasser von *Kapitalismus ist nicht das Problem, sondern die Lösung: Eine Zeitreise durch 5 Kontinente*, Januar 2021

KAPITEL 1

AUFERSTANDEN AUS RUINEN: DER SOZIALISMUS IST WIEDER DA

1.1 Der Rückkehr des Sozialismus

Der Sozialismus ist wieder in Mode gekommen – nicht nur unter Studenten, sondern auch unter Leuten in ihren Dreißigern, Vierzigern und teils darüber hinaus.

In den USA geben 35 Prozent aller »Millennials« – also derjenigen, die in den 1980ern und 1990ern zur Welt kamen – an, eine positive Meinung zum Begriff »Marxismus« zu haben. 36 Prozent aller Millennials haben eine positive Meinung zum Begriff »Kommunismus« und 49 Prozent zum Begriff »Sozialismus« (Victims of Communism Memorial Foundation & YouGov 2019).

In Großbritannien verhält es sich ähnlich: Zwei von fünf Millennials stimmen der Aussage zu, der Kommunismus hätte funktionieren können, wenn man ihn »besser ausgeführt« hätte (Number Cruncher Politics 2018). Weitere zwei von fünf sind sich nicht sicher oder möchten nicht Position beziehen, was bedeutet, dass nur jeder fünfte diese Aussage ablehnt. Auch geben zwei Fünftel aller britischen Millennials an, eine positive Einstellung zum Sozialismus zu haben, ein Ergebnis, das von Umfrage zu Umfrage in etwa konstant bleibt und das nicht davon abhängt, wie genau die Frage formuliert wird (YouGov 2017a, YouGov 2016a). Viele derer, die den Sozialismus nicht aktiv bejahen, lehnen ihn nicht ab, sondern haben lediglich keine Meinung zu dem Thema. Filtert man die Unentschlossenen heraus, so wird klar, dass die Zahl der Sozialismus-Befürworter die der Sozialismus-Kritiker deutlich übersteigt. Beim Kapitalismus verhält es sich umgekehrt.

Sowohl in den USA als auch in Großbritannien ist der Zuspruch zum Sozialismus unter Millennials besonders groß, beschränkt sich aber nicht ausschließlich auf diese Generation. Auch unter Angehörigen der »Generation X« – also derjenigen, die in den 1970ern und späten 1960ern zur Welt kamen – steht noch etwa jeder Dritte dem Sozialismus positiv gegenüber.

Die Situation in Deutschland ist nur insofern anders, als der Sozialismus hier nie so richtig »weg« war und sich der Zuspruch zum Sozialismus nicht speziell auf jüngere Leute konzentriert. In Deutschland hat fast jeder Zweite eine positive Einstellung zum Sozialismus und nur jeder Vierte eine negative, während es sich beim Kapitalismus fast exakt spiegelverkehrt verhält (YouGov 2016c). Das Meinungsforschungsinstitut YouGov fasst die Situation folgendermaßen zusammen:

»Junge Briten und Amerikaner sehen den Sozialismus meist positiver als ältere – und auch positiver als den Kapitalismus. [...] [D]as Image des Sozialismus [ist] in Deutschland insgesamt deutlich besser als in den USA und Großbritannien, das des Kapitalismus dafür umso schlechter. [...] Einen Altersunterschied gibt es in Deutschland allerdings nicht. Jene Generationen, die den ›real existierenden Sozialismus‹ der DDR noch mitbekommen haben, sehen Sozialismus und Kapitalismus im Prinzip genauso wie die nach der Wende Geborenen.«

Das ist vermutlich der Grund, warum der Begriff des »Millennial Socialism«, der im angelsächsischen Sprachraum in den letzten Jahren zu einem feststehenden Begriff geworden ist, bislang keine direkte deutsche Entsprechung hat. Auch ist es in Deutschland weniger angemessen, von einem »Revival« des Sozialismus zu sprechen, da dieses Phänomen hier nicht erst in den letzten Jahren aufgekommen ist. Schon in den 2000ern und den 1990ern stimmte eine Mehrheit der Deutschen der Aussage zu, der Sozialismus sei eine gute Idee, die in der Praxis nur schlecht umgesetzt worden sei (Statista 2007, Stöcker 2016, S. 202, Gaber 2007, S. 245–250).

Zuspruch zum Sozialismus ist nicht nur Zuspruch zu einem populären Schlagwort. In einer britischen Umfrage stimmten 37 Prozent der 18- bis 50-Jährigen der Aussage »Wettbewerb zwischen privaten Unternehmen

reduziert die Lebensstandards von Millionen von Menschen, denn er hilft vor allem den Reichen, hat Armutslöhne für viele Arbeiter zur Folge und führt oft zu minderwertigen Produkten und Dienstleistungen« zu. Nur 29 Prozent stimmen der gegenteiligen Aussage zu, nämlich »Wettbewerb zwischen privaten Unternehmen erhöht die Lebensstandards der meisten Menschen, denn er führt zu neuen und besseren Produkten und Dienstleistungen, schafft neue Arbeitsplätze, und hält die Preise niedrig« (YouGov 2017b). (Die Übrigen antworteten: »Weiß nicht«.)

In einer weiteren Umfrage wurden die Teilnehmer zu ihren Assoziationen mit Kapitalismus, Sozialismus und weiteren -ismen befragt. Es bestätigt sich, dass der Kapitalismus überwiegend mit negativen Eigenschaften wie »gierig«, »korrupt« und »spaltend« in Verbindung gebracht wird, der Sozialismus dagegen mit positiven wie »gemeinwohlorientiert«, »hilft den meisten Menschen« und »fair« (Legatum Institute 2017). Die meistgenannte negative Assoziation mit Sozialismus lautet »naiv«, eine Eigenschaft, die im Grunde gar nicht so negativ ist und die vielen sogar sympathisch sein dürfte.

Wenn es um konkrete Politikvorschläge geht, so sind vor allem Verstaatlichungen extrem populär. Eine deutliche Mehrheit der Briten befürworten zum Beispiel die (Wieder-)Verstaatlichung von Verkehrsbetrieben im Fern- und Nahverkehr, von Versorgungsunternehmen (Strom, Gas und Wasser), des Postwesens und weiterer Sektoren. Die genauen Zahlen unterscheiden sich von Umfrage zu Umfrage, aber die Grundtendenz ist immer die gleiche (Legatum Institute 2017, YouGov 2017c, YouGov 2016b, YouGov 2015a, YouGov 2013). Auch in Bereichen, in denen sich keine absolute Mehrheit für eine Verstaatlichung finden lässt, gibt es zumindest immer eine starke Minderheit, die dafür ist. So will etwa immerhin noch jeder Vierte Autohersteller und Reisebüros verstaatlichen, während jeder Dritte Lebensmittelhändler und Telefon- und Internetanbieter vergesellschaften will (Legatum Institute 2017, YouGov 2017c).

Staatlich festgesetzte Preise sind ebenfalls sehr populär, obwohl dies von Branche zu Branche variiert. Über 70 Prozent aller Briten befürworten etwa gesetzliche Höchstpreise für Energie und Transport (YouGov 2013). Beim Thema Mietpreiskontrollen kommt es darauf an, welcher Umfrage man Glauben schenken möchte, aber zumindest in einigen Umfragen finden

sich auch hierfür Zweidrittelmehrheiten (siehe Hilton 2016). Für staatlich festgesetzte Lebensmittelpreise à la Venezuela gibt es keine Mehrheit, es wird aber immer noch von jedem Dritten befürwortet.

Staatliche Regulierung und staatliche Lenkung von Unternehmensentscheidungen finden ebenfalls große Zustimmung, sowohl im Abstrakten als auch, wenn konkrete Beispiele genannt werden. Hierzu gibt es eine Meinungsstudie des Legatum Instituts, die zu verschiedenen Themen je eine etatistische Position und eine marktliberale Position einander gegenüberstellen – etwa »Managergehälter sollten begrenzt werden« vs. »Unternehmen sollten ihre Manager so entlohnen, wie es ihnen angemessen scheint« oder »Der Staat muss das Verhalten von Unternehmen in stärkerem Maße regulieren« vs. »Der Staat reguliert die Privatwirtschaft zu stark«. Die Befragten sollen sich dabei für je eine dieser Positionen entscheiden. In keinem einzigen Fall findet sich eine Mehrheit für die marktliberale Position. Selbst Aussagen wie »Großbritannien wäre ein besseres Land, wenn Unternehmen weniger Gewinne machen würden« setzen sich mit deutlichem Vorsprung durch.

Jeder zweite Brite wünscht sich zudem höhere Staatsausgaben (NatCen Social Research 2017), obwohl die Fragestellung klar macht, dass dies zu höheren Steuern führen muss. Fast alle übrigen Befragten möchten Staatsausgaben und Steuern auf dem gegenwärtigen Niveau halten. Einen kleineren Staat wünscht sich praktisch niemand.

Die Situation in Deutschland ist nicht grundlegend anders. Acht von zehn Bundesbürgern finden, dass die Privatisierungspolitik in den vergangenen Jahrzehnten zu weit gegangen sei. Ein weiterer von diesen zehn hält den Status quo in etwa für richtig, aber die Ansicht, die Privatisierungspolitik sei nicht weit genug gegangen, ist eine exotische Randmeinung, die in Deutschland fast niemand vertritt.¹ Drei von vier Deutschen finden, der Sozialabbau sei in den zurückliegenden Jahrzehnten zu weit gegangen. Neun von zehn glauben, die Einkommens- und Vermögensungleichheit sei ausgefertigt, und sehen darin eine Ursache sozialer Probleme. Nur jeder Dritte ist der Meinung, es gebe in Deutschland einen ausreichenden sozialen Ausgleich, und weniger als jeder Dritte hält den Reichtum der Vermögenden für zu rechtfertigen. 87 Prozent der Bundesbürger wünschen sich höhere Staatsausgaben.

In Berlin sind 55 Prozent der Bürger für eine Enteignung von Großvermietern.² Dafür gibt es bundesweit derzeit keine Mehrheit (wenngleich es auch keine absolute Mehrheit dagegen gibt) – für einen Mietendeckel nach Berliner Vorbild allerdings schon.³ Für die Wiedereinführung der Vermögensteuer gibt es eine Mehrheit von 61 Prozent, eine Senkung der Unternehmensbesteuerung will nur jeder Dritte.

Verstaatlichungen sind in Deutschland schon lange beliebt. Eine deutliche Mehrheit findet, der Telekommunikationssektor, der Eisenbahnverkehr und das Energiewesen gehörten in öffentliche Hände (Niemietz 2009). Auch in anderen Sektoren spricht sich eine Mehrheit, oder doch zumindest eine starke Minderheit, für Verstaatlichungen aus (Destatis 2008). Es gibt praktisch keinen Wirtschaftszweig, den nicht mindestens jeder Vierte verstaatlichen möchte.

Viele dieser Politikvorschläge sind, für sich genommen, nicht sonderlich radikal. Ein gewisses Maß an Staatsinterventionismus ist noch kein Kommunismus: Ein staatlicher Energiesektor macht noch kein Nordkorea, und eine Vermögensteuer macht noch kein Kuba. Selbst in den liberalsten Marktwirtschaften der Welt, zu denen man etwa Hongkong und Singapur, aber auch die Schweiz zählen könnte, gibt es Bereiche, in denen der Staat sehr aktiv ist.

Was solche Umfrageergebnisse allerdings zeigen, ist, dass die oft gehörte Behauptung, es gebe so etwas wie eine »neoliberale Hegemonie«, vollkommen falsch ist. Der Zeitgeist ist etatistisch und interventionistisch, sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien. Marktliberalismus ist eine unpopuläre und politisch erfolglose Randmeinung.

1.2 Der antikapitalistische Mainstream

Umfragen gewähren uns einen Einblick in die politische Stimmung in der Gesamtbevölkerung. Unter politisch besonders engagierten Menschen sind sozialistische – oder zumindest antikapitalistische – Ideen schon lange Konsens, ja, eine Art Dauermode. So hatten zum Beispiel die meisten größeren Protestbewegungen der vergangenen Jahrzehnte einen dezidiert antikapitalistischen Unterton: die Proteste gegen Sparpolitik, Occupy, die globalisierungskritische Bewegung um Attac oder aktuell Black Lives

Matter und die Bewegung Fridays For Future beziehungsweise Schulstreik für das Klima.

2011 versuchten ein paar Liberale und Konservative, in der Londoner Innenstadt eine Demonstration gegen die ausufernde Staatsverschuldung zu organisieren. Wie zu erwarten war, floppte dieser Versuch kläglich und wurde in den linken Medien – verständlicherweise – belächelt.⁴ Linke Proteste gegen Sparmaßnahmen zogen damals regelmäßig Zehntausende und manchmal Hunderttausende von Teilnehmern an. Zum Protest gegen die Staatsverschuldung erschienen gerade mal zweihundert.

Das Quasi-Monopol der Antikapitalisten auf Proteste ist insofern bemerkenswert, als es dabei oft um Anliegen geht, die mit dem Wirtschaftssystem zuerst einmal wenig bis gar nichts zu tun haben. Der Klimawandel zum Beispiel ist ein Problem, mit dem *alle* Wirtschaftssysteme irgendwie klarkommen müssen, seien sie nun kapitalistisch, sozialistisch oder irgendetwas anderes. Die Emissionen einer Fabrik sinken ja nicht dadurch, dass man sie in Gemeineigentum überführt, und die Umweltbilanz realsozialistischer Systeme war nun wirklich nicht erfreulich (siehe zum Beispiel Fink et al. 2019). Trotzdem hat sich die Vorstellung eingebürgert, der Klimawandel sei ein spezifisch kapitalistisches Problem, das innerhalb des Kapitalismus nicht zu lösen sei.⁵ Naomi Kleins Buch *Die Entscheidung: Kapitalismus vs. Klima*, in dem diese These vertreten wird, wurde sofort zu einem preisgekrönten Bestseller.

Bei Black Lives Matter ging es anfangs ausschließlich um die Überwindung von rassistisch motivierter Polizeigewalt und von Ungerechtigkeiten im Justizsystem. Das sind, so sollte man doch hoffen, Anliegen, auf die sich im Grunde Vertreter ganz unterschiedlicher Denkrichtungen einigen können. Hier sollte es doch ein Leichtes sein, eine breite, lagerübergreifende Koalition zu bilden.

Dazu kam es allerdings nicht, denn zumindest mancherorts positionierte sich Black Lives Matter schnell mehrheitlich im Lager der antikapitalistischen Linken. Der britische Landesverband, Black Lives Matter UK, beschreibt es als das Ziel der Organisation,

»den Imperialismus, den Kapitalismus, ›white supremacy‹, das Patriarchat und staatliche Strukturen, die in Großbritannien und der Welt vor allem Schwarzen schaden, zu zerstören.«⁶